Evang.-Luth. Kirchengemeinde St. Peter Leutershausen

A Friedhofsordnung B Grabmal- und Bepflanzungsordnung



Stand: 01.11.2024

Evang.-Luth. Kirchengemeinde St. Peter Leutershausen

A Friedhofsordnung B Grabmal- und Bepflanzungsordnung

Inhalt

<u>A.</u>	Frie	dhofsordnung	7
ı	A	Allgemeine Bestimmungen	8
	§ 1	Bezeichnung und Zweck des Friedhofes	8
	§ 2	Verwaltung des Friedhofes	8
	§ 3	Benutzungszwang	9
II	C	Ordnungsvorschriften	9
	§ 4	Verhalten auf dem Friedhof	9
	§ 5	Veranstaltungen von Trauerfeiern	10
	§ 6	Gewerbliche Arbeiten auf dem Friedhof	11
	§ 7	Durchführung der Anordnungen	12
Ш	В	Bestattungsvorschriften	13
	§ 8	Anmeldung der Beerdigung	13
	§ 9	Zuweisung der Grabstätten	13
	§ 10	Verleihung des Nutzungsrechtes	13
	§ 11	Ausheben und Schließen eines Grabes	14
	§ 12	Tiefe des Grabes	14
	§ 13	Größe der Gräber	15
	§ 14	Ruhezeit	15
	§ 15	Belegung	15
	§ 16	Umbettungen	15
	§ 17	Registerführung	16
I۷	' G	Grabstätten	17
	§ 18	Einteilung der Gräber	17
	1.	Wahlgräber	18
	§ 19	Nutzungsrechte	18
	§ 20	Verlängerung des Nutzungsrechtes	20
	§ 21	Erlöschen des Nutzungsrechtes	20
	8 22	Wiederhelegung	20

	§ 23	Rückerwerb	21
	§ 24 Alte Rechte		21
2	2.	Urnengräber	21
	§ 25	Beisetzung	21
	§ 26	Nutzungsrecht	22
;	3.	Baumurnengräber	22
	§ 27	Nutzungsrecht	22
4	4.	Rasensarggräber	23
	§ 28	Nutzungsrecht	23
V	F	riedhofshalle und Leichenhalle	24
	§ 29	Benutzung der Friedhofshalle	24
	§ 30	Benutzung der Leichenhalle	24
	§ 31	Ausschmückung	25
VI	S	chlussbestimmungen	25
	§ 32	Grabmal- und Bepflanzungsordnung	25
	§ 33	Friedhofsgebühren	26
	§ 34	Inkrafttreten	26
3.	Grab	omal- und Bepflanzungsordnung	27
ı	G	rabmale	28
	§ 1	Ausstattung der Grabstätte mit einem Grabmal	28
	§ 2	Genehmigung des Grabmales	28
	§ 3	Gestalt des Grabmales	29
	§ 4	Werkstoffe	29
	§ 5	Herstellung/Bezug Kinderarbeit	29

_	
6	INHALT

	§ 6	6 Maße	
	§ 7	Standsicherheit	31
	§ 8	Gärtnerische Anlage	31
	§ 9	Inschrift	31
	§ 10	Gründung	31
	§ 11	Mängelbeseitigung und Haftung	32
	§ 12	Schutzwürdigkeit	33
II	В	Bepflanzung und Pflege der Gräber	
	§ 13	Gärtnerische Gestaltung	34
	§ 14	Einfassungen und Einfriedungen	35
	§ 15	Abfall	36
	§ 16	Einhaltung der Grabpflegepflicht	36
Ш	S	chlussbestimmungen	37
	§ 17	Bestimmungsabweichungen	37
	§ 18	Gültigkeit	38

A. Friedhofsordnung

I Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Bezeichnung und Zweck des Friedhofes

- Der Friedhof in Leutershausen steht im Eigentum und der Verwaltung der Kirchengemeinde Leutershausen.
- Der Friedhof ist eine öffentliche Einrichtung und dient der Bestattung aller Personen, die bei ihrem Ableben Einwohner der Gemeinde Leutershausen waren oder vor ihrem Tod auf diesem ein Grabnutzungsrecht erworben hatten. Im Übrigen können Auswärtige Grab- und Bestattungsrechte auf dem Friedhof nur mit Zustimmung des Kirchenvorstandes erwerben.

§ 2 Verwaltung des Friedhofes

- Die Verwaltung und Aufsicht über den Friedhof führt der Kirchenvorstand. Er kann die laufenden Verwaltungsgeschäfte einem Friedhofsausschuss übertragen. Er kann sich auch Beauftragter bedienen.
- 2. Die Aufsichtsbefugnisse der Ordnungs- und Gesundheitsbehörden werden hierdurch nicht berührt.
- 3. Im Zusammenhang mit allen Tätigkeiten der Friedhofsverwaltung dürfen die hierfür erforderlichen personenbezogene Daten erhoben, verarbeitet, gespeichert und genutzt werden. Eine Datenübermittlung an sonstige Stellen und Personen ist zulässig, wenn:
 - a. es zur Erfüllung des Friedhofszweckes erforderlich ist,
 - b. die Datenempfänger der Stellen oder Personen ein berechtigtes Interesse an der Kenntnis der zu vermittelnden Daten glaubhaft darlegen und die betroffenen Personen kein schutzwürdiges Interesse an dem Ausschluss der Übermittlungen haben.

Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Gesetzes über den Kirchlichen Datenschutz (DSG-EKD).

§ 3 Benutzungszwang

Folgende Leistungen des Friedhofsträgers sind von allen Nutzungsberechtigten in Anspruch zu nehmen:

- a. Ausschmücken der Friedhofshalle (Grundausstattung mit Trauerschmuck)
- b. bei Erdbestattungen die Durchführung der Bestattung, wozu insbesondere das Öffnen und Schließen des Grabes, die Benutzung des Leichenwagens und die Versenkung des Sarges gehört und
- c. bei Feuerbestattungen die Aschenbeisetzung

II Ordnungsvorschriften

§ 4 Verhalten auf dem Friedhof

- Jeder hat sich auf dem Friedhof der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Die Anordnungen des Friedhofspersonals sind zu befolgen.
- 2. Der Friedhof ist für Besucherinnen und Besucher geöffnet:
 - a. von April bis September: von 8.00 Uhr bis 19.00 Uhr,
 - b. von Oktober bis März: von 9.00 Uhr bis 17.00 Uhr.
- 3. Kinder unter 10 Jahren dürfen den Friedhof nur in Begleitung und Verantwortung Erwachsener betreten.
- 4. Auf dem Friedhof ist nicht gestattet:
 - a. die Wege mit Fahrzeugen aller Art Kinderwagen und Rollstühle ausgenommen zu befahren,
 - b. Waren aller Art, insbesondere Blumen und Kränze und gewerbliche Dienste anzubieten und dafür zu werben,

- c. an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung Arbeiten auszuführen,
- d. gewerbsmäßig zu fotografieren,
- e. Druckschriften ohne Genehmigung zu verteilen,
- f. Abraum, Abfälle, Papier usw. außerhalb der dafür bestimmten Plätze abzulegen,
- g. den Friedhof und seine Einrichtung und Anlagen zu verunreinigen oder zu beschädigen, Einfriedungen und Hecken zu übersteigen und Rasenflächen, Grabstätten und Grabeinfassungen unberechtigt zu betreten,
- h. zu lärmen, zu spielen und sich sportlich zu betätigen,
- i. Hunde frei laufen zu lassen (Hundekot ist zu beseitigen),
- j. Ansprachen und musikalische Darbietungen außerhalb von Bestattungen ohne Genehmigung zu halten,
- k. Unkrautvernichtungsmittel und chemische Schädlingsbekämpfungsmittel zu verwenden,
- zu rauchen.
- Ausnahmen können zugelassen werden, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofes und dieser Ordnung vereinbar sind. Erforderliche Genehmigungen sind rechtzeitig bei der Friedhofsverwaltung einzuholen.

§ 5 Veranstaltungen von Trauerfeiern

- 1. Bei Evang.-Luth. Begräbnisfeiern sind Ansprachen im Gottesdienst, die nicht Bestandteil der kirchlichen Handlung sind, erst nach Beendigung der kirchlichen Feier zulässig.
- Die Beisetzung Andersgläubiger ist unter den für sie üblichen Formen gestattet.
- Trauerfeiern, die ohne Mitwirkung eines Pfarrers auf dem Friedhof abgehalten werden, müssen der Würde des Ortes entsprechen und dürfen das christliche Empfinden nicht verletzen. Sie dürfen vor allem keine Ausführungen enthalten,

- die als Angriff auf die Kirche, ihre Lehre, ihre Gebräuche oder ihre Mitglieder empfunden werden können.
- 4. Der Kirchenvorstand ist berechtigt, die Veranstaltung von Trauerfeiern, soweit sie neben dem Ritus der Religionsgemeinschaft vorgesehen sind, ganz oder teilweise (Ansprachen, Lieder usw.) von seiner Genehmigung abhängig zu machen. Bei Mitwirkung von nichtkirchlichen Musikvereinigungen ist immer rechtzeitig um Genehmigung nachzusuchen.

§ 6 Gewerbliche Arbeiten auf dem Friedhof

- 1. Tätig werden können nur solche Gewerbetreibende, die in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind und die Friedhofsordnung schriftlich anerkennen.
- 2. Bildhauer und Bildhauerinnen, Steinmetze und Steinmetzinnen, Gärtner und Gärtnerinnen und deren fachliche Vertreter sollen darüber hinaus die Meisterprüfung in ihrem Beruf abgelegt oder eine anderweitig gleichwertige fachliche Qualifikation erworben haben. Bildhauer und Bildhauerinnen, Steinmetze und Steinmetzinnen sollen entsprechend ihrem Berufsbild in die Handwerksrolle eingetragen sein.
- 3. Bestatter und Bestatterinnen müssen als Gewerbetreibende zugelassen sein und sollten eine berufsspezifische Fachprüfung abgelegt haben.
- 4. Der Friedhofsträger kann im Einzelfall Ausnahmen zulassen, soweit ihm keine gesetzlichen Regelungen oder Verordnungen entgegenstehen.
- Der Friedhofsträger kann die Erlaubnis zur Tätigkeit auf dem Friedhof davon abhängig machen, dass der Antragsteller einen für die Ausübung seiner Tätigkeit ausreichenden Haftpflichtversicherungsschutz nachweist.
- Der Friedhofsträger kann Gewerbetreibenden, die wiederholt oder schwerwiegend gegen die Vorschriften der Friedhofsverwaltung verstoßen, auf Zeit oder Dauer nach vorheriger

- zweimaliger schriftlicher Abmahnung die Tätigkeit auf dem Friedhof durch schriftlichen Bescheid verbieten.
- 7. Mit Grabmalen und Grabbepflanzungen darf nicht geworben werden. Grabmale dürfen daher nicht mit Firmenaufschriften versehen werden. Eingehauene, nicht farbige Firmennamen bis zu einer Größe von 3 cm sind jedoch an der Seite oder Rückseite unten zulässig. Steckschilder zur Grabkennzeichnung für die Grabpflege mit voller Firmenaufschrift der Friedhofsgärtner sind nicht zulässig.
- 8. Gewerbetreibende haften für alle Schäden, die sie oder ihre Mitarbeiter im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof verursachen. Bei Beendigung der Arbeiten ist der Arbeitsplatz wieder in einen ordnungsgemäßen und verkehrssicheren Zustand zu versetzen. Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen über die Dauer der Ausführung des jeweiligen Auftrags hinaus nicht auf dem Friedhof gelagert werden. Es ist nicht gestattet, Geräte der Gewerbetreibenden in oder an den Wasserentnahmestellen des Friedhofes zu reinigen.
- 9. Die Tätigkeit Gewerbetreibender auf dem Friedhof beschränkt sich auf die Öffnungszeiten des Friedhofes.
- Die Gewerbetreibenden sind verpflichtet, die bei ihren Arbeiten anfallenden nicht kompostierbaren Abfälle vom Friedhof zu entfernen.

§ 7 Durchführung der Anordnungen

- 1. Den Anordnungen der mit der Aufsicht betrauten Personen ist Folge zu leisten.
- 2. Zuwiderhandelnde können vom Friedhof verwiesen werden und setzen sich strafrechtlicher Verfolgung aus.

III Bestattungsvorschriften

§ 8 Anmeldung der Beerdigung

- 1. Die Bestattung ist unverzüglich bei der Friedhofsverwaltung unter Vorlage der Bescheinigungen des Standesamtes über die Beurkundung des Todesfalles oder des Bestattungserlaubnisscheines der Ordnungsbehörde schriftlich anzumelden. Bei Urnenbeisetzungen ist zusätzlich die Einäscherungsurkunde vorzulegen. Die Bestattung kann frühestens zwei Arbeitstage nach der Anmeldung erfolgen. Dabei ist die Anmeldung der Bestattung durch die antragstellende Person zu unterschreiben. Ist die antragstellende Person nicht nutzungsberechtigtender Grabstätte, so hat auch die nutzungsberechtigte Person durch Unterschrift ihr Einverständnis zu erklären. Ist die nutzungsberechtigte Person einer vorhandenen Wahlgrabstätte verstorben, so hat die neue nutzungsberechtigte Person durch Unterschrift die Übernahme des Nutzungsrechtes in der Anmeldung schriftlich zu beantragen.
- Wird eine Bestattung nicht rechtzeitig mit den erforderlichen Unterlagen bei der Friedhofsverwaltung angemeldet, so ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, den Bestattungstermin bis zur Vorlage der erforderlichen Angaben und Unterlagen auszusetzen. Werden die erforderlichen Unterschriften nicht geleistet, können Bestattungen nicht verlangt werden.

§ 9 Zuweisung der Grabstätten

Grabstätten werden in der Regel nur bei einem Todesfall zugewiesen. Über Ausnahmen entscheidet der Kirchenvorstand.

§ 10 Verleihung des Nutzungsrechtes

1. Mit der Überlassung einer Grabstätte und der Zahlung der festgesetzten Gebühren sowie der schriftlichen Anerkennung

- der Ordnungen wird dem Berechtigten das Recht verliehen, die Grabstätte nach Maßgabe der jeweiligen Friedhofsordnung zu nutzen.
- Über die Verleihung des Nutzungsrechtes wird dem Berechtigten eine Urkunde ausgestellt und mit der Friedhofsordnung übergeben.
- Soll die Beerdigung in einer vorhandenen Grabstätte stattfinden, so ist auf Verlangen der Nachweis der Nutzungsberechtigung zu erbringen.

§ 11 Ausheben und Schließen eines Grabes

- Ein Grab darf nur vom Totengräber/von der Totengräberin oder von solchen Hilfskräften nach den Vorgaben der Berufsgenossenschaft (Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau) ausgehoben und geschlossen werden, die damit von zuständiger Stelle beauftragt sind.
- 2. Die bei dem Ausheben eines Grabes aufgefundenen Reste einer früheren Bestattung werden auf dem Boden der Grabstätte eingegraben.

§ 12 Tiefe des Grabes

1. Bei Erdbestattungen werden die Gräber verschieden tief angelegt. Dabei sind folgende Maße einzuhalten:

a.	für Kinder unter 2 Jahren	0,80 m
b.	für Kinder von 2 bis 7 Jahren	1,10 m
c.	für Kinder von 7 bis 12 Jahren	1,30 m
d.	für Personen über 12 Jahre	1,80 m

 Doppeltiefgräber werden so tief angelegt, dass der Normaltiefe nach Absatz 1 noch die Tiefe einer Sarglage und eine Bodenschicht von 0,30 m zugemessen werden. Dabei hat die Grabtiefe mindestens 2,40 m zu betragen. 3. Aschenurnen werden unterirdisch beigesetzt. Dabei beträgt die Mindesttiefe 0,80 m.

§ 13 Größe der Gräber

Bei Anlage der Gräber für Erdbestattungen werden unterirdisch folgende Mindestmaße eingehalten:

- a. Gräber für Kinder bis zu 5 Jahren: Länge 1,20 m, Breite 0,60 m, Abstand 0,30 m
- b. Gräber für Personen über 5 Jahre:Länge 2,10 m, Breite 0,90 m, Abstand 0,30 m

§ 14 Ruhezeit

Die allgemeine Ruhezeit beträgt	20 Jahre
für verstorbene Kinder bis zu 5 Jahren	10 Jahre
für Aschen	10 Jahre

§ 15 Belegung

- Jedes Grab darf innerhalb der Ruhezeit nur mit einer Leiche belegt werden. Eine grundsätzliche Ausnahme bildet die ordnungsgemäße Beisetzung in sog. Doppeltiefgräbern (vgl. § 12 Absatz 2).
- 2. Sonstige Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Kirchenvorstandes.
- 3. Für die Beisetzung von Aschenurnen in belegten Gräbern gelten besondere Bestimmungen (vgl. § 25).

§ 16 Umbettungen

- 1. Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
- Umbettungen von Leichen und Urnen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Friedhofsträgers sowie der zuständigen Ord-

- nungsbehörde. Die Zustimmung kann nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt werden.
- Alle Umbettungen erfolgen nur auf schriftlichen Antrag. Antragsberechtigt sind die Angehörigen. Die Einverständniserklärung der oder des nächsten Angehörigen der oder des Verstorbenen und/oder der nutzungsberechtigten Person ist beizufügen.
- 4. Umbettungen werden vom Friedhofspersonal oder dessen Beauftragten durchgeführt. Der Zeitpunkt der Umbettung wird von der Friedhofsverwaltung festgesetzt. Umbettungen von Erdbestattungen finden in der Regel nur in den Monaten Dezember bis Mitte März statt. Im ersten Jahr der Ruhezeit werden Umbettungen nur bei Vorliegen eines dringenden öffentlichen Interesses ausgeführt.
- 5. Die antragstellende Person hat für Schäden aufzukommen, die an der eigenen Grabstätte sowie an der Nachbargrabstätte und den Anlagen durch eine Umbettung entstehen.
- 6. Der Ablauf der Ruhezeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
- Leichen und Urnen zu anderen als Umbettungszwecken wieder auszugraben, bedarf einer behördlichen oder richterlichen Anordnung.
- 8. Die Umbettung biologisch abbaubarer Urnen ist nicht zulässig.

§ 17 Registerführung

- 1. Über alle Gräber und Beerdigungen wird ein Grabregister und ein chronologisches Bestattungsverzeichnis geführt.
- 2. Die zeichnerischen Unterlagen (Gesamtplan, Belegungsplan usw.) sind zu aktualisieren.

IV Grabstätten

§ 18 Einteilung der Gräber

- Nutzungsrechte an Grabstätten werden unter den in dieser Ordnung aufgestellten Bedingungen vergeben. Die Grabstätten bleiben Eigentum des Friedhofsträgers. An ihnen bestehen nur Rechte nach dieser Ordnung.
- 2. Auf dem Friedhof werden Nutzungsrechte vergeben an:
 - a. Wahlgrabstätten für Erdbestattung
 - b. Wahlgrabstätten für Urnenbeisetzung
 - c. Rasensarggrabstätten
 - d. Baumurnengrabstätten

Die Lage der einzelnen Abteilungen ergibt sich aus dem Belegungsplan.

- 3. Die Vergabe von Nutzungsrechten wird abhängig gemacht von der schriftlichen Anerkennung dieser Ordnung.
- 4. Aus dem Nutzungsrecht ergibt sich die Verpflichtung zur gärtnerischen Anlage und zur Pflege der Grabstätten.
- Nutzungsberechtigte haben der Friedhofsverwaltung jede Änderung ihrer Anschrift mitzuteilen. Für Schäden oder sonstige Nachteile, die aus der Unterlassung einer solchen Mitteilung entstehen, ist die Friedhofsträgerin nicht ersatzpflichtig.
- 6. Die Nutzungsberechtigten müssen mit Ablauf der Nutzungszeit dem Friedhofsträger die Grabstätte in abgeräumtem Zustand übergeben. Wird die Grabstätte nicht abgeräumt übergeben, so werden die Arbeiten von dem Friedhofsträger nach vorheriger schriftlicher Androhung auf Kosten der bisherigen nutzungsberechtigten Personen durchgeführt. Eine Aufbewahrungspflicht für die abgeräumten Pflanzen und baulichen Anlagen besteht für die Friedhofsträgerin nicht.

1. Wahlgräber

§ 19 Nutzungsrechte

Wahlgräber sind Grabstellen, die auf Wunsch einzeln (Einzelgrab) oder zu mehreren nebeneinander (Doppelgrab) für eine Nutzungszeit von 10 Jahren bei Urnengräbern und 20 Jahren bei Erdgräbern abgegeben werden.

Bei Urnengräbern ist kein Doppelgrab möglich.

- 2. Für Wahlgräber bestehen folgende Mindestmaße:
 - a. einfaches Grab 85 x 185 cm
 - b. doppeltes Grab 140 x 200 cm
 - c. Urnengrab 80 x 80 cm
- 3. Doppelgräber können an den planmäßig vorgesehenen Stellen mit Zustimmung der Friedhofsverwaltung als Grüfte ausgemauert und überbaut werden. Die in den Grüften aufzustellenden Särge müssen mit dichtschließenden Metalleinsätzen versehen sein. Der vordere Verschluss der Grüfte ist luftdicht, die Wände gegen das umgebende Erdreich dagegen sind möglichst undicht (z. B. Ziegel- oder Backsteinmauern ohne Verputz) herzustellen.
- 4. In den Doppelgräbern können der Berechtigte und seine Angehörigen bestattet werden. Die Beisetzung anderer Personen bedarf der Zustimmung des Kirchenvorstandes. Als Angehörige gelten:
 - a. Ehegatten,
 - b. Verwandte auf- und absteigender Linie, angenommene Kinder und Geschwister,
 - c. die Ehegatten, der unter b) bezeichneten Personen und Verlobte.

- Die Nutzungsberechtigten können ihr Nutzungsrecht nur an eine der berechtigten Personen im Sinne von Absatz 4 übertragen. Über Ausnahmen entscheidet der Kirchenvorstand.
- 6. Schon bei der Verleihung des Nutzungsrechtes soll die nutzungsberechtigte Person für den Fall ihres Ablebens die Nachfolge im Nutzungsrecht durch einen schriftlichen Vertrag bestimmen, der erst im Zeitpunkt des Todes des ursprünglichen Nutzungsberechtigten wirksam wird.
- 7. Wird zum Ableben der nutzungsberechtigten Person keine derartige Regelung getroffen, geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf die Angehörigen der nutzungsberechtigten Person mit deren Zustimmung über:
 - a. Ehegatten,
 - b. Verwandte auf- und absteigender Linie sowie Geschwister, Stiefgeschwister und deren Kinder,
 - c. Ehegatten der unter b) bezeichneten Personen,
 - d. auf die nicht unter a) c) fallenden Erben.
- 8. Sind keine Angehörigen der Gruppe a) d) vorhanden oder zu ermitteln, so kann das Nutzungsrecht mit Zustimmung der Friedhofsverwaltung auch von einer anderen Person übernommen werden.
- 9. Die Rechtsnachfolgerin oder der Rechtsnachfolger hat der Friedhofsverwaltung den Übergang des Nutzungsrechtes unverzüglich anzuzeigen. Die Übertragung des Nutzungsrechtes wird der neuen nutzungsberechtigten Person schriftlich bestätigt. Solange dies nicht geschehen ist, können Bestattungen nicht verlangt werden.
- 10. Ist keine Person zur Übernahme des Nutzungsrechtes bereit, oder wird die Übernahme des Nutzungsrechtes dem Friedhofsträger nicht schriftlich angezeigt, so endet das Nutzungsrecht an der Grabstätte nach einer öffentlichen Aufforderung, in der auf den Entzug des Nutzungsrechtes hingewiesen wird.

§ 20 Verlängerung des Nutzungsrechtes

- Das Nutzungsrecht kann gegen Zahlung der festgesetzten Gebühr jeweils um eine weitere Nutzungszeit verlängert werden. Bei Erdgräbern besteht die Möglichkeit der Verlängerung von 5/10/15 oder 20 Jahren und bei Urnengräbern von 5 oder 10 Jahren. Ein Anspruch auf Verlängerung des Nutzungsrechtes besteht nicht.
- Wird bei späteren Beisetzungen die Nutzungszeit durch die Ruhezeit (§ 14) überschritten, so ist vor der Beisetzung die notwendig gewordene Verlängerung des Nutzungsrechtes mindestens bis zum Ablauf der Ruhezeit zu beantragen.
- 3. Die Verlängerung muss jeweils für sämtliche Grabbreiten bewirkt werden.
- 4. Der Berechtigte ist verpflichtet, für eine rechtzeitige Verlängerung zu sorgen.

§ 21 Erlöschen des Nutzungsrechtes

- Wird das Nutzungsrecht nicht verlängert, so erlischt es nach Ablauf der Nutzungszeit.
- 2. Nach Erlöschen des Nutzungsrechtes fällt die Grabstätte an die Kirchengemeinde zurück. Die Friedhofsverwaltung kann über sie nach Ablauf der Ruhezeit des zuletzt Bestatteten anderweitig verfügen. Nicht entfernte Grabmale und sonstige Ausstattungsgegenstände gehen nach dieser Zeit ohne Entschädigung in die Verfügungsgewalt der Kirchengemeinde über. Hierauf soll vorher schriftlich oder durch ortsübliche Bekanntmachung hingewiesen werden.

§ 22 Wiederbelegung

 Wahlgräber können nach Ablauf der Ruhezeit wieder belegt werden. 2. Wird bei einer Wiederbelegung einer Grabstelle die Nutzungszeit durch die Ruhezeit überschritten, gilt § 20 sinngemäß.

§ 23 Rückerwerb

Der Friedhofsträger kann das Nutzungsrecht an einer Grabstätte oder an einzelnen Gräbern auf Antrag des Berechtigten zurücknehmen. Entrichtete Gebühren werden nicht zurückerstattet.

§ 24 Alte Rechte

- Für Wahlgrabstätten, über die die Friedhofsverwaltung bei Inkrafttreten dieser Ordnung bereits verfügt hat, richtet sich die Nutzungszeit nach den bei der Vergabe gültig gewesenen Vorschriften. Die Gestaltung der Grabstätte richtet sich nach dieser Ordnung.
- Nutzungsrechte von unbegrenzter oder unbestimmter Dauer, die vor dem Inkrafttreten dieser Ordnung entstanden sind, werden auf eine Nutzungszeit nach § 14 dieser Ordnung seit Erwerb begrenzt. Sie enden jedoch nicht vor Ablauf der Ruhezeit der letzten Bestattung oder vor Ablauf eines Jahres nach Inkrafttreten dieser Ordnung.

2. Urnengräber

§ 25 Beisetzung

- In Wahlgrabstätten für Erdbestattungen können pro Grabplatz bis zu 1 Urne beigesetzt werden. In Wahlgrabstätten für Urnenbeisetzungen können bis zu 2 Urnen beigesetzt werden.
- 2. Werden Aschenurnen in einem belegten Wahlgrab beigesetzt, so gilt § 20 entsprechend.
- 3. In Urnengräbern dürfen ausschließlich Urnen aus biologisch abbaubarem Material beigesetzt werden.

§ 26 Nutzungsrecht

Für das Nutzungsrecht an Urnengräbern finden die Vorschriften über Wahlgräber entsprechende Anwendung §19 (1-2, 4-10).

3. Baumurnengräber

§ 27 Nutzungsrecht

- In Baumgrabstätten dürfen ausschließlich Urnen aus biologisch abbaubarem Material beigesetzt werden.
- Die Urnen werden nach Vorgabe des Friedhofsträgers im Wurzelbereich von für Baumbestattungen ausgewiesenen Bäumen beigesetzt.
- 3. Pro Baumgrabstätte können 2 Urnen beigesetzt werden.
- 4. Das Nutzungsrecht an der Grabstätte wird für 10 Jahre vergeben.
- 5. Die Pflege und das Anlegen der Baumbestattungsplätze wird vom Friedhofsträger oder von einem von ihm beauftragten Dritten übernommen. Der natürliche Umgriff, wie er unter Bäumen üblich ist, soll dabei erhalten werden.
- 6. Eine individuelle Grabgestaltung ist nicht möglich. Das Ablegen von Blumen, Kerzen, Kränzen oder ähnlichem Grabschmuck ist nicht gestattet. Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, unerlaubt abgelegte Gegenstände und Blumenschmuck zu entfernen.
- 7. Über der beigesetzten Urne wird ebenerdig eine Platte angebracht, die Name, Geburts- und Sterbedatum des Verstorbenen enthält. Außer einem Kreuzzeichen darf die Platte keine weiteren Abbildungen oder Texte enthalten. Es darf ausschließlich die vorhandene Schriftart der bisherigen Platten verwendet werden. Wird eine Abweichung der Vorgabe gewünscht, muss vorher der Entwurf im Pfarramt zur Geneh-

migung eingereicht werden. Um ein einheitliches Erscheinungsbild zu gewährleisten, erfolgt die Anfertigung der Platten durch einen vom Friedhofsträger beauftragten Handwerksmeister nach den Vorgaben des Friedhofsträgers. Die Kosten sind von den Nutzungsberechtigten zu tragen. Der Gebührenbescheid wird von der Friedhofsverwaltung gestellt.

- 8. Die Platten haben eine Größe von 40 x 40 cm und eine Stärke von ca. 3-5 cm, die Farbe ist schiefergrau.
- 9. Nach Ablauf der Ruhezeit kann das Nutzungsrecht um eine weitere Nutzungszeit (5 oder 10 Jahre) verlängert werden.

4. Rasensarggräber

§ 28 Nutzungsrecht

- Rasengräber sind Sarggrabstätten in besonders ausgewiesenen Bereichen, die von Anfang an mit Rasen eingesät sind und sonst keine Bepflanzung aufweisen dürfen. Sie können als Reihengräber einfach- oder doppeltief belegt werden.
- 2. Die Grabstätten werden vom Friedhofsträger oder dessen Beauftragten zugewiesen.
- 3. Das Nutzungsrecht an der Grabstätte wird für 20 Jahre vergeben.
- 4. Eine individuelle Grabgestaltung ist nicht möglich. Das Ablegen von Blumen, Kerzen, Kränzen oder ähnlichem Grabschmuck ist nicht gestattet. Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, unerlaubt abgelegte Gegenstände und Blumenschmuck zu entfernen.
- 5. An der Grabstätte wird ebenerdig eine Platte angebracht, die Name, Geburts- und Sterbedatum des Verstorbenen enthält. Außer einem Kreuzzeichen darf die Platte keine weiteren Abbildungen oder Texte enthalten. Es darf ausschließlich die vorhandene Schriftart der bisherigen Platten verwendet wer-

den. Wird eine Abweichung der Vorgabe gewünscht, muss vorher der Entwurf im Pfarramt zur Genehmigung eingereicht werden. Um ein einheitliches Erscheinungsbild zu gewährleisten, erfolgt die Anfertigung der Platten durch einen vom Friedhofsträger beauftragten Handwerksmeister nach den Vorgaben des Friedhofsträgers. Die Kosten sind von den Nutzungsberechtigten zu tragen. Der Gebührenbescheid wird von der Friedhofsverwaltung gestellt.

- 6. Die Platten haben eine Größe von 40 x 40 cm und eine Stärke von ca. 3 5 cm, die Farbe ist schiefergrau.
- An allen Rasensarggräbern obliegt die Pflege des Rasens ausschließlich einem von der Friedhofsverwaltung dazu Beauftragten.
- 8. Eine Verlängerung der Nutzungszeit (5/10/15 oder 20 Jahre) ist auf Antrag möglich.

V Friedhofshalle und Leichenhalle

§ 29 Benutzung der Friedhofshalle

- 1. Eigentümer der Friedhofshalle ist die Stadt Leutershausen. Die Friedhofshalle steht für Trauerfeiern aller Konfessionen und für nichtkirchliche Trauerfeiern zur Verfügung.
- 2. Die Benutzung der Friedhofshalle wird nicht gestattet, wenn gesundheitsaufsichtliche Bedenken entgegenstehen.

§ 30 Benutzung der Leichenhalle

 Eigentümer der Leichenhalle ist die Stadt Leutershausen. Die Leichenhalle dient zur Aufnahme der Verstorbenen bis zu ihrer Beerdigung. In der warmen Jahreszeit kann eine gebührenpflichtige Aufbahrung in der Kühlvitrine angeordnet werden.

- 2. Das Öffnen und Schließen der Leichenhalle sowie der Särge darf nur von dem Beauftragten der Friedhofsverwaltung vorgenommen werden. Das Öffnen der Särge erfolgt auf Wunsch der Angehörigen, sofern in gesundheitlicher Hinsicht oder aus sonstigen Gründen keine Bedenken dagegen vorliegen.
- Särge der an anzeigepflichtigen und ansteckenden Krankheiten Verstorbenen sowie Särge, die von auswärts kommen, dürfen nur mit Genehmigung des zuständigen Amtsarztes geöffnet werden.

§ 31 Ausschmückung

Vorschriften über die Art der Ausschmückung der Friedhofshalle und Leichenhalle kann sich der Kirchenvorstand vorbehalten.

VI Schlussbestimmungen

§ 32 Grabmal- und Bepflanzungsordnung

Zur Sicherung einer christlichen Grabmalkultur und einer einheitlichen Gestaltung des Friedhofes hat der Kirchenvorstand eine besondere Grabmal- und Bepflanzungsordnung erlassen. Sie ist Bestandteil dieser Ordnung und für alle, die auf dem Friedhof ein Grabnutzungsrecht erwerben oder erworben haben, verbindlich.

§ 33 Friedhofsgebühren

Für die Erhebung der Gebühren ist die jeweilige Friedhofsgebührenordnung maßgebend.

§ 34 Inkrafttreten

- Diese Friedhofsordnung tritt nach ihrer aufsichtlichen Genehmigung mit ihrer Bekanntmachung in Kraft. Sie kann jederzeit mit aufsichtlicher Genehmigung ergänzt und abgeändert werden.
- 2. Mit dem gleichen Tage treten alle bisher für den Friedhof erlassenen Bestimmungen außer Kraft.

Leutershausen, den 01.11.2024

Der Kirchenvorstand

B. Grabmal- und Bepflanzungsordnung

I Grabmale

§ 1 Ausstattung der Grabstätte mit einem Grabmal

- Gegenstände, die zur Ausstattung der Grabstätten auf dem Friedhof dienen – im Folgenden kurz als Grabmale oder Steineinfassungen bezeichnet –, dürfen nur mit Genehmigung der Friedhofsverwaltung aufgestellt oder geändert werden.
- 2. Mit dem Antrag auf Genehmigung ist bei der Friedhofsverwaltung eine Zeichnung in Aktenblattgröße einzureichen. Diese muss die beabsichtigte Gestaltung nach Grundriss, Vorder- und Seitenansicht im Maßstab von mindestens 1:10 erkennen lassen und den Namen des Verfertigers, des Verstorbenen, des Grabnutzungsberechtigten und des Auftraggebers enthalten, falls dieser nicht der Grabnutzungsberechtigte ist. Ferner ist die Inschrift des Grabmals und dessen Beschaffungspreis anzugeben. Die Hauptmaße sind einzuschreiben und die in Verwendung kommenden Werkstoffe genau zu bezeichnen. Auf Verlangen der Friedhofsverwaltung sind Zeichnungen von Einzelheiten des Grabmals, bei Bildhauerarbeiten auch Modelle und Werkstoffproben vorzulegen.
- 3. Unter die vorstehenden Bestimmungen fallen nicht: Kränze, Naturblumen und gärtnerische Anlagen.

§ 2 Genehmigung des Grabmales

- 1. Das Gesuch um Erlaubnis zur Aufstellung ist rechtzeitig, d. h. vor Auftragserteilung an die Lieferfirma, einzureichen.
- Wird ein Grabmal ohne Genehmigung errichtet oder entspricht es nicht dem genehmigten Entwurf, so kann es auf Kosten des Nutzungsberechtigten von der Friedhofsverwaltung entfernt werden.
- 3. Es ist verboten, den Friedhof zu betreten, um ein nicht genehmigtes Grabmal zu errichten.

§ 3 Gestalt des Grabmales

Auf einem Grab ist ein Grabmal zu errichten. Das Grabmal muss in Form und Werkstoff handwerklich gut gestaltet sein und sich harmonisch in das angestrebte Gesamtbild des Friedhofes einordnen. Es muss den Größenverhältnissen der Grabstätte entsprechen und sich der Umgebung anpassen. Grabmale sollen 2 Jahre nach Belegung einer Grabstätte aufgestellt sein.

§ 4 Werkstoffe

- Als Werkstoff für Grabmale kommen in erster Linie Naturstein, Eisen, Bronze und Hartholz in Betracht. Eisen und Holz sind unter dauerhaftem Anstrich zu halten.
- Ein Grabmal soll möglichst nur aus einheitlichem Material bestehen. Sollen bei der Herstellung eines Grabmales verschiedene Werkstoffe angewandt werden, so muss auch deren Zusammenstellung ausdrücklich vom Kirchenvorstand genehmigt sein. Dasselbe gilt von Zutaten aus Eisen, Bronze und Keramik, wobei schablonenhafte Dutzendware grundsätzlich ausgeschlossen ist.
- Verboten sind Nachbildungen von Felsen, Mauerwerk, Bauformen in Stein, Tropfstein, Gips, Zementmasse, Glasplatten, Blechformen aller Art, Porzellanfiguren, Holzkreuze mit aufgemalter Maserung.

§ 5 Herstellung/Bezug Kinderarbeit

Grabsteine und Grabeinfassungen aus Naturstein dürfen nur aufgestellt werden, wenn sie ohne Formen der Kinderarbeit im Sinne von Art. 3 des Übereinkommens Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 17. Juni 1999 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der Formen der Kinderarbeit (BGBI. 2001 II. S. 1290, 1291) hergestellt worden sind und hierfür ein Nachweis gemäß Art. 9 a

Abs. 2 BestG in der jeweils geltenden Fassung vorgelegt wird. Die Herstellung im Sinne dieser Vorschrift umfasst sämtliche Bearbeitungsschritte von der Gewinnung des Natursteins bis zum Endprodukt. Eines Nachweises gemäß Satz 1 bedarf es nicht, wenn der Letztveräußerer glaubhaft macht, dass die Grabsteine oder Grabeinfassungen aus Naturstein oder deren Rohmaterial vor dem 1. September 2016 in das Bundesgebiet eingeführt wurden.

§ 6 Maße

- 1. Die Grabmale dürfen nicht breiter als 0,85 m bei Einzelgrabstätten und 1,40 m bei Doppelgrabstätten sein.
- 2. Die Grabmale aus Stein oder Holz sollen nicht höher als 1,20 m sein, gemessen von dem das Grabmal umgebenden Friedhofsgelände bis zur Oberkante des Grabmalkerns. Wenn auf Grabsteinen figürliche Aufsätze angebracht sind, kann der Kirchenvorstand ausnahmsweise zulassen, dass dadurch das vorgeschriebene Höhenmaß überschritten wird. Das Grabmal darf jedoch durch solche Aufsätze keinesfalls höher als 1,60 m werden. Die Grabmale von Einzel- und Kindergräbern dürfen eine Höhe von 0.90 m nicht überschreiten.
- 3. Auf den Doppelgräbern darf jeweils nur ein Grabstein aufgestellt werden.
- 4. Grabmale im Urnenhain sollen nicht höher als 0,90 m und breiter als max. 0,80 m sein.

§ 7 Standsicherheit

Aus Gründen der Standsicherheit von Grabmalen beträgt die erforderliche Mindeststärke bei Grabmalen:

ab 0,4 m bis 1,0 m Höhe 0,14 m, ab 1,0 m bis 1,5 m Höhe 0,16 m und ab 1,50 m Höhe 0,18 m.

Grabmale, die die geforderte Mindeststärke unterschreiten, werden vom Friedhofsträger aus Gründen der Verkehrssicherheit auf Kosten des Nutzungsberechtigten wieder entfernt.

§ 8 Gärtnerische Anlage

Die Gräber sind gärtnerisch anzulegen und zu bepflanzen (entsprechend § 13 ff. der Grabmal- und Bepflanzungsordnung)

§ 9 Inschrift

- 1. Die Inschrift soll das Andenken an den Verstorbenen würdig bewahren. Sie kann durch geeignete Zusätze erweitert und durch Zeichen und Sinnbilder ergänzt werden.
- 2. Es ist verboten, an den Grabmalen etwas anzubringen, was in Widerspruch zu christlichen Anschauungen steht.
- 3. Die Inschrift des Grabmals soll als zierender Bestandteil des Ganzen wirken und gut verteilt sein.

§ 10 Gründung

 Die Grabmale sind ihrer Größe entsprechend nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerks (Richtlinien des Bundesinnungsverbands des Deutschen Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerks für das Fundamentieren und Versetzen von Grabdenkmälern in der jeweils geltenden Fassung) zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauerhaft standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber

- nicht umstürzen oder sich senken können. Satz 1 gilt für sonstige bauliche Anlagen entsprechend.
- Nicht handwerksgerecht ausgeführte Fundamente müssen auf Weisung der Friedhofsverwaltung entfernt und fachgerecht erneuert werden.

§ 11 Mängelbeseitigung und Haftung

- 1. Die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen sind dauernd in würdigem und verkehrssicherem Zustand zu halten. Verantwortlich dafür ist die nutzungsberechtigte Person.
- 2. Mängel bezüglich der Standsicherheit von Grabmalen, sonstigen baulichen Anlagen oder Teilen davon hat die nutzungsberechtigte Person unverzüglich durch zugelassenes Fachpersonal beseitigen zu lassen. Bei Nichtbeachtung dieser Bestimmung haftet die nutzungsberechtigte Person für den Schaden. Wenn keine unmittelbare Gefahr besteht, erhält die nutzungsberechtigte Person eine Aufforderung zur Befestigung oder Beseitigung. Ist die nutzungsberechtigte Person nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, so ist die erforderliche Instandsetzung durch einen einmonatigen Hinweis auf der Grabstätte und durch öffentliche Bekanntmachung anzukündigen. Kommt die nutzungsberechtigte Person der Aufforderung zur Befestigung oder Beseitigung nicht nach, kann der Friedhofsträger unter Fristsetzung und Androhung der Ersatzvornahme am Grabmal oder an den sonstigen baulichen Anlagen Sicherungsmaßnahmen auf Kosten der nutzungsberechtigten Person vornehmen lassen.
- 3. Bei unmittelbarer Gefahr ist der Friedhofsträger berechtigt, ohne vorherige Aufforderung an die nutzungsberechtigte Person, das Grabmal auf deren Kosten umzulegen oder andere geeignete Maßnahmen durchzuführen. Die nutzungsberechtigte Person erhält danach eine Aufforderung, die Grabstätte oder das Grabmal wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand

zu versetzen. Geschieht dies nicht, so kann der Friedhofsträger nach Fristsetzung und Androhung der Ersatzvornahme die notwendigen Arbeiten durchführen oder das Grabmal entfernen lassen. Die entstehenden Kosten hat die nutzungsberechtigte Person zu tragen. Der Friedhofsträger ist nicht verpflichtet, das Grabmal oder Teile des Grabmals aufzubewahren.

§ 12 Schutzwürdigkeit

- Grabmale und deren Anlagen dürfen vor Ablauf der Ruheoder Nutzungszeit der Grabstätte nicht ohne Genehmigung des Kirchenvorstandes verändert oder entfernt werden. Dies gilt auch für Firmen, die sich das Eigentum an dem Grabmal vorbehalten haben.
- 2. Künstlerisch oder geschichtlich wertvolle Grabmale oder solche, die als besondere Eigenart des Friedhofes zu gelten haben, unterstehen dem besonderen Schutz des Friedhofsträgers. Sie werden als erhaltenswerte Grabmale in einem Verzeichnis geführt und dürfen nur mit Genehmigung der Friedhofsverwaltung abgeändert oder entfernt werden. Bei denkmalgeschützten Grabmalen ist zusätzlich das Einvernehmen mit der Unteren Denkmalschutzbehörde herzustellen.
- 3. An Grabstätten mit erhaltenswerten Grabmalen, die frei von Nutzungsrechten und Ruhefristen sind, können neue Nutzungsrechte vergeben werden, wenn sich die erwerbende Person und ihre im Recht nachfolgenden Personen zur Restaurierung sowie zur laufenden Unterhaltung der Grabstätte verpflichten. Die Veränderungen und Ergänzungen der Grabmale dürfen nur mit der Zustimmung des Friedhofsträgers und bei denkmalgeschützten Grabmalen im Einvernehmen mit der Unteren Denkmalschutzbehörde erfolgen.
- 4. Grabmale, die den Anforderungen von Absatz 2 entsprechen, können gegebenenfalls an anderer Stelle aufgestellt werden.

II Bepflanzung und Pflege der Gräber

§ 13 Gärtnerische Gestaltung

- 1. Die Grabstätten sind innerhalb von sechs Wochen nach ihrer Belegung abzuräumen.
- Für die Anlage und Pflege ist die Nutzungsberechtigte Person verantwortlich. Die die Grabstätte unmittelbar umgebenden Bereiche (ca. 20 cm) sollen von der Nutzungsberechtigten Person ggf. abgemäht und gepflegt werden.
- 3. Jede Grabstätte ist so zu gestalten und an die Umgebung anzupassen, dass der Friedhofszweck und die Würde des Friedhofes gewahrt bleiben. Die Grabstätten sind gärtnerisch so zu bepflanzen, dass andere Grabstätten und die öffentlichen Anlagen und Wege nicht beeinträchtigt werden. Die auf der Grabstätte geplanten Gehölze dürfen in der Höhe im ausgewachsenen Zustand 1,50 m und in der Breite die Grabstättengrenze nicht überschreiten.
- Die Abgrenzungen der Grabstätten in den Grabfeldern werden von der Friedhofsverwaltung aus einheitlichem Material angelegt.
- 5. Die Grabstätten müssen spätestens sechs Monate nach dem Erwerb des Nutzungsrechtes sowie nach jeder Bestattung baldmöglichst ordnungsgemäß gärtnerisch hergerichtet und unterhalten werden.
- 6. Das Anliefern und Verwenden von Kunststoffen für die Grabgestaltung und als Grabschmuck ist untersagt. Das gilt insbesonderefürGrabeinfassungen, Grababdeckungen und Grabmale und möglichst auch für Blumentöpfe und Schalen. Die Nutzungsberechtigten sind verpflichtet, die anfallenden Abfälle in die von der Friedhofsträgerin vorgegebenen und entsprechend gekennzeichneten Abfallbehälter, getrennt nach kompostierbarem und nicht kompostierbarem Material, abzulegen.

- Die Verwendung von Kies und Steinen zum Bestreuen der Grab- und der umliegenden Flächen, sowie eine zusätzliche Einfassung des Grabes aus Kies oder Steinen sind untersagt.
- Nicht gestattet ist das Aufbewahren von Gefäßen und Gerätschaften aller Art auf der Grabstätte. Das Aufstellen von Bänken und anderen Sitzgelegenheiten ist genehmigungspflichtig.
- Der Baumbestand auf dem Friedhof steht unter besonderem Schutz. Nutzungsberechtigte an Grabstätten haben keinen Anspruch auf Beseitigung von Bäumen, Pflanzen und Hecken, durch die sie sich in der Pflege der Grabstätte beeinträchtigt fühlen.
- 10. Ein seit mindestens 3 Jahren bestehendes Wahlgrab kann nach Antrag an die Friedhofsverwaltung nachträglich in ein Rasengrab umgewandelt werden. Die genehmigte Umwandlung veranlasst der Grabnutzer auf eigene Kosten. Der Grabnutzer hat das Grab umgehend nach der Umwandlung mit Rasen einzusäen. Die bis dahin geltende Grabgebühr bleibt unverändert. Das Grabmal bleibt bestehen, die Umfassung ist zu entfernen. Eine Bepflanzung kann nicht erfolgen. Auf dem Grab darf nichts angebracht bzw. aufgestellt werden (z.B. Grabeinfassungen, Grablichter oder -laternen, Kerzen, Weihwasserbehälter, Blumen, Pflanzschalen, Schilder u.ä.). Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, alle unerlaubt abgelegten Gegenstände zu entfernen. Eine Aufbewahrungspflicht besteht nicht.

Wird eine Urne in einem bestehenden Wahlgrab beigesetzt, sind die 3 Jahre nicht einzuhalten.

§ 14 Einfassungen und Einfriedungen

 Eine Grabeinfassung muss angebracht werden, diese soll nicht höher als 15 cm aus dem Erdreich herausragen und mindestens
 cm breit sein. 2. Es ist gestattet, die Familiengrabstätten mit immergrünen Sträuchern zu umgeben, die die Höhe von 60 cm nicht überschreiten dürfen und jederzeit tadellos beschnitten und gepflegt sein müssen. Sie dürfen den die Grabstätte umgebenden Zwischenraum oder Weg nicht überwuchern.

§ 15 Abfall

- 1. Verwelkte Blumen, abgestorbene Bäume und Äste sind von den Nutzungsberechtigten von den Gräbern zu entfernen.
- 2. Unwürdige Gefäße (Konservendosen und dgl.) für Blumen dürfen nicht aufgestellt werden.
- 3. Alle künstlichen Kränze und Sträuße aus Blech, Papier, Perlen, Glasguss usw. sind unwürdig und deshalb verboten.

§ 16 Einhaltung der Grabpflegepflicht

- Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß hergerichtet oder gepflegt, hat die nutzungsberechtigte Person nach schriftlicher Aufforderung des Friedhofsträgers die Grabstätte innerhalb einer angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Ist die verantwortliche Person nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, wird durch öffentliche Bekanntmachung und durch einen auf drei Monate befristeten Hinweis an der Grabstätte auf die Verpflichtung zur Herrichtung und Pflege hingewiesen.
- 2. Kommt die nutzungsberechtigte Person ihrer Verpflichtung nicht nach, kann die Friedhofsverwaltung die Grabstätte auf Kosten der nutzungsberechtigten Person in Ordnung bringen lassen oder das Nutzungsrecht ohne Entschädigung entziehen. Vor dem Entzug des Nutzungsrechtes bzw. vor Herrichtung der Grabstätte auf Kosten der nutzungsberechtigten Person ist sie noch einmal schriftlich unter Fristsetzung und Hinweis auf die Rechtsfolgen aufzufordern, die Grabstätte unverzüglich in Ordnung zu bringen. In der Androhung der Ersatzvornahme

sind die voraussichtlichen Kosten zu benennen. In dem Entziehungsbescheid wird die nutzungsberechtigte Person aufgefordert, das Grabmal und die sonstigen baulichen Anlagen innerhalb von drei Monaten seit Unanfechtbarkeit des Entziehungsbescheides zu entfernen.

- Der Nutzungsberechtigte ist darauf hinzuweisen, dass das Grabmal und die sonstigen baulichen Anlagen entschädigungslos in die Verfügungsgewalt des Friedhofsträgers fallen und die Kosten der Abräumung die nutzungsberechtigte Person zu tragen hat.
- 4. Bei ordnungswidrigem Grabschmuck gilt Absatz 1 Satz 1 entsprechend. Wird die Aufforderung nicht befolgt oder ist die verantwortliche Person nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, kann die Friedhofsverwaltung den Grabschmuck entfernen. Die Friedhofsverwaltung ist nicht zu einer Aufbewahrung des abgeräumten Materials verpflichtet.

III Schlussbestimmungen

§ 17 Bestimmungsabweichungen

- Der Kirchenvorstand kann ausnahmsweise Abweichungen von den vorstehenden Bestimmungen zulassen, wenn sich dies im Einzelfall wegen der Lage der Grabstätte, wegen ihrer Anpassung an die benachbarten Grabstätten oder wegen vorhandenen Grabschmucks als notwendig erweisen sollte.
- Wenn der Kirchenvorstand in Einzelfällen Abweichungen von den vorstehenden Bestimmungen zulässt, so kann dagegen kein Einspruch erhoben oder darauf ein Anspruch gestützt werden, dass ähnliche Ausnahmen auch an anderer Stelle genehmigt werden müssten.

§ 18 Gültigkeit

Die Grabmal- und Bepflanzungsordnung ist Bestandteil der jeweils gültigen Friedhofsordnung.

Sie ist für alle, die auf dem Friedhof ein Grabnutzungsrecht haben, verbindlich.

Leutershausen, den 01.11.2024

Der Kirchenvorstand

Christus spricht: »Ich bin die Auferstehung und das Leben.« (Joh 11,25)

